

Frauen und Geschlechterbeziehungen

Teresa Huhle

Libres, libres como el viento. Como yo aprendí a volar
y a mi me encanta volar. A pesar del conflicto, que me
cortaron las alas, pero estoy otra vez intentando el vuelo. [...]
No voy a dejar de que mis alas no me crezcan
(Ruta Pacífica de las Mujeres 2013) .

Die afrokolumbianische Friedensaktivistin María del Socorro Mosquera stammt aus dem berüchtigten Stadtteil Comuna 13 in Medellín. In den 1980er und 1990er Jahren galt die Comuna 13 als Stützpunkt des Medellín-Kartells von Pablo Escobar und symbolisierte die fehlende staatliche Kontrolle über weite Gebiete Kolumbiens. Um diese zu demonstrieren, leitete der damalige Präsident Álvaro Uribe kurz nach seinem Amtsantritt 2002 vier Militäroperationen ein, die sich formal gegen die in dem Stadtteil aktiven Guerillagruppen, de facto aber auch gegen große Teile der Zivilbevölkerung richteten. So wurde María del Socorro Mosquera, die zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende der *Asociación de Mujeres de las Independencias* (AMI) war, im Zuge der *Operación Orion* im November 2002 gemeinsam mit zwei Mitstreiterinnen von Polizei und Militär festgenommen und elf Tage lang festgehalten. Zwei Jahre später wurde eine der gleichzeitig mit ihr verhafteten Frauen von Paramilitärs ermordet und María del Socorro Mosquera war gezwungen, ihr Wohnviertel zu verlassen.

Die lokal tätige Frauenorganisation AMI stärkt seit 1996 auf vielfältige Art und Weise die Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen aus der Comuna 13. Sie ist Teil des landesweiten feministischen und pazifistischen Netzwerkes *Ruta Pacífica de las Mujeres*, das sich seit 1996 für einen nachhaltigen, von der Zivilbevölkerung getragenen Friedensprozess und für die Achtung von Menschen- und Frauenrechten einsetzt sowie dafür, die spezifischen Auswirkungen des Bürgerkrieges auf Frauen sichtbar zu machen. Davon zeugt ein umfassendes Testimonialprojekt, im Zuge dessen zwischen 2010 und 2013 über tausend kolumbianische Frauen über die vielfältigen Formen von Gewalt, denen sie seitens der verschiedenen Konfliktparteien ausgesetzt waren, Zeugnis ablegten (u.a. Gallego Zapata 2013). Auch María del Socorro Mosquera hat in diesem Rahmen ihre

Geschichte von Engagement, Vertreibung, Bedrohung und Widerstand erzählt. Wie das Schicksal ihrer 2004 ermordeten Mitstreiterin sowie bis in die Gegenwart reichende Morddrohungen paramilitärischer Gruppen gegen Frauen der *Ruta Pacifica* zeigen, birgt ihre Arbeit große Gefahren.

María del Socorro Mosquera, ihre gemeindeorientierte Organisation AMI und das landesweit bekannte Netzwerk *Ruta Pacifica* sind Beispiele für unzählige Frauen und Frauenorganisationen, die trotz massiver Bedrohungen für Frieden, Frauen- und Menschenrechte in Kolumbien kämpfen. Sie können dabei de jure seit der Verfassung von 1991 von umfassenden Rechten und Schutzmechanismen profitieren. Diese Situation ist nicht zuletzt angesichts der historischen Entwicklung Kolumbiens bemerkenswert, galt das stark katholische geprägte Land im westlichen Vergleich doch lange Zeit als Spätzügler im Bereich der Frauenrechte.

Frauen in der Politik und Frauenpolitik

Eine erste, bürgerliche Frauenbewegung entstand in Kolumbien in den 1930er Jahren, als die Liberale Partei umfassende Reformen im Bildungs-, Gesundheits- und Agrarsektor durchführte und den politischen Raum für eine wachsende Gewerkschafts- und Frauenbewegung öffnete. Letztere erkämpfte wichtige Rechte für die Kolumbianerinnen, wie dasjenige auf Eigentum und den Zugang zu Universitäten. Das passive und aktive Wahlrecht für Frauen wurde jedoch erst 1954 auf Bestreben einer Gruppe von Frauen um die liberale Juristin Esmeralda Arboleda unter dem populistischen Diktator Gustavo Rojas Pinilla erstritten und 1957 erstmals ausgeübt. Das ist deutlich später als in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern (Coker González 2000).¹ Die Frauenrechtlerin Esmeralda Arboleda wurde 1958 auch die erste Senatorin und 1961 die erste Ministerin Kolumbiens (Pinzón de Lewin 2014). In den 1960er Jahren war sie an zahlreichen Gesetzentwürfen zur weiteren juristischen Gleichstellung von Frauen beteiligt, vor allem im Bereich des Ehe- und Scheidungsrechts. Die Einführung des zivilen Scheidungsrechts scheiterte jedoch 1964 am Wi-

1 In der Literatur wird dieser Anachronismus in erster Linie auf die starke Position der katholischen Kirche in der kolumbianischen Politik und Gesellschaft zurückgeführt, die in der über hundert Jahre gültigen Verfassung von 1886 als Staatsreligion verankert worden war und mit dem Konkordat von 1887 Hoheit über das Bildungswesen und Zivilstandsfragen erhalten hatte.

derstand der katholischen Kirche und ist erst mit der Trennung von Kirche und Staat in der Verfassung von 1991 umgesetzt worden (Luna/Villarreal 1994). Während es in den folgenden Jahrzehnten vereinzelt prominente Politikerinnen gab, die Arboledas Beispiel folgten und hohe staatliche Ämter bekleideten, blieb der Weg für Frauen in die kolumbianischen Parlamente steinig. Noch 2014 waren nur 19,4% der Sitze im kolumbianischen Parlament mit Frauen besetzt (Wills Obregón 2007).

Verfassungsrang bekam die Gleichstellung in der Verfassung von 1991, auf die eine erstarkte und breitere Frauenbewegung erheblichen Einfluss ausgeübt hatte. So hatte ein Bündnis aus Frauenorganisationen und unabhängigen Feministinnen, als Ende der 1980er Jahre der Prozess einer Verfassungsreform begonnen wurde, Gleichstellungsprinzipien, einen laizistischen Staat, besonderen Schutz für Mütter und politische Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen gefordert. Zwar waren unter den 70 Mitgliedern der *Asamblea Constituyente* nur vier Frauen und keine davon lässt sich der Frauenbewegung zuordnen, dennoch wird deren Lobbyarbeit im Vorfeld der Versammlung erheblicher Einfluss auf den Verfassungstext zugesprochen (Villarreal Méndez 2011).

Festgeschrieben wurden in der Verfassung von 1991 folgende Gleichstellungsrechte: das allgemeine Recht auf Gleichheit und das Verbot von Diskriminierung (Art. 13); das Recht von Frauen, politische Ämter auszuüben und die Verantwortung der Politik, ihnen Zugang zu diesen zu verschaffen (Art. 40); die Gleichberechtigung von Frauen innerhalb von Ehen und Paarbeziehungen (Art. 42) sowie der besondere Schutz schwangerer Frauen, junger Mütter und weiblicher Familienoberhäupter (Art. 43).

Der Verfassungstext hatte weitreichende positive Auswirkungen auf die Gesetzgebung und erweiterte die Möglichkeiten der Frauen, ihre Rechte vor Gericht einzufordern. Zu den wichtigsten gesetzlichen Maßnahmen gehören das Gesetz 294 von 1996, mit dem staatliche Schutzmaßnahmen für Opfer interfamiliärer Gewalt eingeführt wurden, das als Quotengesetz bekannte Gesetz 581 von 2000, mit dem u.a. festgelegt wurde, dass 30% der hohen Regierungsämter mit Frauen besetzt werden müssen, und das Gesetz 1257 von 2008, mit dem der kolumbianische Staat anerkannte, dass es angesichts der weitverbreiteten Gewalt gegen Frauen einer umfassenden staatlichen Strategie zur Bekämpfung der Gewalt bedarf. Auch in der Gesetzgebung zu reproduktiven Rechten sowie der Gleichstellung von

LGBT-Personen² hat die Verfassung Wirkung gezeigt (Arango Gaviria et al. 2011).

Hinter der konstanten Verbesserung der juristischen Schutzmechanismen steht jedoch auch die erfolgreiche Mobilisierung seitens der zahlreichen Frauen, die außerhalb des Parlaments, in feministischen Organisationen, sozialen Bewegungen und der Friedensbewegung für ihre Rechte kämpfen.

Frauen als Friedensakteurinnen

Die *Ruta Pacífica de las Mujeres* ist ein Verband aus knapp 400 Frauenorganisationen, der sich seit Mitte der 1990er Jahre für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen einsetzte und die 2012 begonnenen Gespräche zwischen der Regierung von Juan Manuel Santos und der Guerillagruppe *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo* (FARC-EP) in Havanna, Kuba unterstützte. Die *Ruta Pacífica* setzt auf künstlerisch symbolträchtige Aktionsformen, laute Demonstrationen und Slogans wie “Mi cuerpo no es botín de guerra” (Mein Körper ist keine Kriegsbeute) und “Las mujeres no parimos hijos e hijas para la guerra” (Wir Frauen gebären keine Söhne und Töchter für den Krieg). Damit knüpft sie an die lange lateinamerikanische Tradition an, Mutterschaft als politisches Instrument in der Frauenbewegung einzusetzen. Seinen Sitz hat das Netzwerk im Haus der *Unión de Ciudadanas* in Cali, die in den 1950er Jahren für das Frauenwahlrecht kämpfte. Hier zeigt sich symbolisch die Verbindung zwischen der ersten Frauenbewegung und den Organisationen der zweiten Generation. Darin dominierten in den 1970er Jahren zunächst feministische Gruppen, die sich für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung einsetzten. In den 1980er und 1990er Jahren kam es dann zur ‘NGOisierung’ der Frauenbewegung und zur Gründung zahlreicher Frauenorganisationen, die sich für Frieden und Menschenrechte einsetzen (Lamus Canavate 2010). Gleichzeitig sind Frauen seit den 1970er Jahren auch in den Kämpfen um Land sichtbar, so organisieren sie sich innerhalb der *Asociación Nacional de Usuarios Campesinos* (ANUC) und auch in einem eigenständigen Bäuerinnenverband (Meertens 2000).

2 Das Kürzel LGBT stammt aus dem englischen Sprachraum und steht für “Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender”, wird aber auch in zahlreichen anderen Sprachen verwendet.

Hinsichtlich der 2012 begonnenen Friedensverhandlungen kritisierten Frauenorganisationen zunächst die fehlende Beteiligung von Frauen sowie die fehlende Berücksichtigung der spezifischen Gewalterfahrungen weiblicher Opfer des Bürgerkrieges. Wirkmächtig formuliert wurden ihre Kritik und Forderungen auf der *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz*, bei der 2013 über 400 Frauen aus neun Netzwerken in enger Zusammenarbeit mit der Frauenorganisation der Vereinten Nationen zusammenkamen, um ihre Vorschläge für die Herstellung von Frieden zu formulieren und nach Havanna zu tragen. Die Initiative zeigte sichtbaren Erfolg, als im September 2014 die *Subcomisión de Género de la Mesa de Conversaciones de la Habana* eingerichtet wurde. Die zehnköpfige Kommission aus Mitgliedern beider Verhandlungsparteien überprüfte die bis dahin verabschiedeten Verhandlungspunkte auf ihre Auswirkungen auf Frauen und LGBTB-Personen und forderte die Regierung und FARC-EP dazu auf, geschlechterspezifische Fragen stärker in den Friedensprozess zu integrieren. Direkt und aktiv einwirken konnte die Kommission auf die Verhandlungen zum Themenkomplex "Opfer", bei dem Fragen von Entschädigung und Wiedergutmachung diskutiert wurden.

Die *Cumbre Nacional*, die sich nach dem Treffen 2013 als Bündnis verstetigt hat, entsandte wiederum im November 2014 eine Delegation nach Havanna, um ihre im Vorjahr verabschiedeten Forderungen an die Kommission heranzutragen.³ Die Vertreterinnen verlangten, Frauenrechte in das Zentrum der Vereinbarungen zu Opferrechten zu stellen, um im Zuge der Transition nicht nur individuelle Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen, sondern zugrundeliegende Machtstrukturen auch aus einer Geschlechterperspektive heraus zu verändern und damit nachhaltigen Frieden möglich zu machen. Sie forderten, Anklagen aus Perspektive der Opfer zu betrachten und sexuelle Gewalt von Amnestieregelungen auszunehmen, um sexuelle Gewalt auch in Friedenszeiten bekämpfen und verringern zu können. Weiterhin verlangten sie, die Vielzahl verletzter Frauenrechte in den Regelungen zur Transitionsjustiz zu berücksichtigen (sexuelle Gewalt, Folter, Mord, Verschwindenlassen, Entführungen, Vertreibungen, Rekrutierung, Verlust von Angehörigen, ökonomische Verluste).

3 Insgesamt gab es im Verlauf der Friedensverhandlungen drei Delegationsreisen von Frauen- und LGBT-Verbänden nach Havanna. Frauen haben jedoch nicht nur als Vertreterinnen der Frauenbewegung sondern auch als Delegierte beider Verhandlungsparteien und im Zuge von Opferanhörungen umfassend an den Friedensverhandlungen mitgewirkt.

te und Beeinträchtigungen der physischen, psychischen und emotionalen Gesundheit) und spezifische präventive Maßnahmen durchzuführen, um zu verhindern, dass rückkehrende Kämpfer Gewalt gegen Frauen ausüben (Mejía Duque, 15.12.2014).

Diese Forderungen fanden zu großen Teilen Eingang in die Mitte Dezember 2015 verabschiedeten Vereinbarungen über die Opfer des Konflikts. So wurde darin sexuelle Gewalt in die Liste der von Amnestieregelungen ausgenommenen Verbrechen integriert und grundsätzlich festgehalten, bei den Mechanismen zur Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung, aber auch bei der juristischen Aufarbeitung die differenzielle und geschlechterspezifische Viktimisierung der kolumbianischen Bevölkerung zu berücksichtigen (*Acuerdo sobre las Víctimas del Conflicto*, 15.12.2015). Wenige Wochen nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 23. Juni 2016 veröffentlichten die Verhandlungsparteien ein umfassendes Communiqué, das die bis dato erreichten Einigungen hinsichtlich der Einbeziehung einer Gender-Perspektive in den Friedensvertrag zusammenfasste, u.a. den gleichberechtigten Zugang zu Landbesitz und die institutionelle Stärkung von Frauen- und LGBT-Organisationen (Comunicado Conjunto #82, 24.7.2016). Die knappe Ablehnung des Friedensvertrags im Referendum vom 2. Oktober 2016 geht nicht zuletzt darauf zurück, dass anti-feministische und homophobe Argumente gegen diese vermeintliche ‘Gender-Ideologie’ auf breite Resonanz in der kolumbianischen Gesellschaft stoßen. Dementsprechend sahen sich die Regierung und die FARC bei der Überarbeitung des Friedensvertrags gezwungen, den Begriff “género” an einigen Stellen zu streichen und durch Formulierungen wie “Männer und Frauen” oder “verwundbare Gruppen und Personen” zu ersetzen. Diese Fassung wurde am 24. November 2016 unterzeichnet und eine Woche später vom Kongress ratifiziert.

Den Analysen und Forderungen, die die kolumbianischen Frauenorganisationen erfolgreich nach Havanna getragen haben, ist die Erkenntnis gemein, dass Frauen in besonderem Ausmaß und auf spezifische Art und Weise Opfer des Bürgerkriegs waren und sind.

Frauen und Krieg – Opfer und Kämpferinnen

In dem Bürgerkrieg, der seit Mitte der 1960er Jahre zwischen aufständischen, staatlichen und paramilitärischen Kräften gefochten wird, sind Frau-

en in besonderem Maße von Gewalt betroffen. Vertreibungen und illegale Landnahmen in den Kriegsgebieten treffen vor allem die zahlreichen alleinstehenden Frauen, die zudem geschlechtsspezifischer Gewalt, konkret sexueller Gewalt ausgesetzt sind (Meertens 2010). Sexuelle Gewalt – darin herrscht zwischen kolumbianischen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen und dem kolumbianischen Verfassungsgericht Einigkeit – wird von allen Konfliktparteien systematisch als Kriegswaffe eingesetzt. Sie umfasst Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe, Zwangsprostitution sowie erzwungene Schwangerschaften und Abtreibungen. Indigene und afrokolumbianische Frauen und Mädchen aus dem ruralen Kolumbien sind von der sexuellen Gewalt in besonders hohem Maße betroffen (ABColumbia et al. 2013). Die Gewalt gegen Frauen seitens der bewaffneten Akteure kann jedoch nicht getrennt von dem hohen Ausmaß an sexueller Gewalt im häuslichen Bereich betrachtet werden (Estrada et al. 2007). 2010 gaben 9,7% der befragten Frauen in einer repräsentativen Umfrage an, von ihrem Partner vergewaltigt worden zu sein, 37,4% hatten physische Gewalt erfahren. Vergewaltigungen außerhalb der Partnerschaft hatten 5,7% der Frauen erlitten. Sexuelle Übergriffe im Kontext des bewaffneten Konfliktes wurden zwischen 1985 und 2015 an die 12.000 registriert, was einem Durchschnitt von 360 pro Jahr entspricht (ONU Mujeres 2016). Nicht zuletzt deshalb war es eine zentrale feministische Forderung, diese Straftaten von Amnestieregelungen im Kontext der Friedensverhandlungen auszuklammern (ABColumbia et al. 2013).

Die unterschiedlichen Akteure greifen zu verschiedenen Formen sexueller Gewalt. Bei den FARC-EP dominieren sexuelle Übergriffe gegen Frauen und Mädchen in den von ihnen kontrollierten Gebieten und vor allem gegen diejenigen, denen Zusammenarbeit mit der Gegenseite vorgeworfen wird. Zudem müssen die Kombattantinnen Verhütungsmittel einnehmen und werden zur Abtreibung gezwungen, falls sie dennoch schwanger werden. In den hitzigen Debatten, die darüber geführt werden, zeigt sich, dass die Frauen der FARC-EP in der öffentlichen Wahrnehmung zwischen Opfern und Täterinnen oszillieren. Die Guerilleras machen je nach Schätzung 30–40% der Kämpfenden aus und stellen das Zusammenleben in den aufständischen Truppen, in denen per Statut schon seit den 1970er Jahren Gleichberechtigung herrscht, als revolutionär in Sachen Geschlechterbeziehungen dar. Die oberste Führungsebene der FARC-EP ist jedoch fest in männlicher Hand. Kolumbianische und ausländische Medien zeichnen ein heroisierendes und sexualisierendes Bild der Kämpferinnen, in denen

ihre militärischen und politischen Strategien kaum Aufmerksamkeit erlangen. Bei den Verhandlungen in Havanna spielten Frauen der FARC-EP jedoch eine wichtige Rolle (Ibarra Melo 2009; Hörtner 2009).

Auch die seit den 1980er Jahren aktiven paramilitärischen Gruppen Kolumbiens hatten und haben weibliche Mitglieder, deren Anteil jedoch deutlich geringer ausfällt und auf 6-10 % geschätzt wird. Im Gegensatz zu den Guerillas herrscht dort jedoch geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, sind die Frauen nicht Teil der militärischen Führung, sondern vielmehr am Aufbau einer neuen sozialen Ordnung beteiligt (GMH 2011). Auch die von paramilitärischen Gruppen eingesetzte genderspezifische und speziell sexuelle Gewalt steht im Zusammenhang mit dem Aufbau einer dichten sozialen und territorialen Kontrolle. Das bekannteste Beispiel einer solchen Form der Herrschaft hat der paramilitärische Dachverband *Auto-defensas Unidas de Colombia* (AUC) von den späten 1990er Jahren bis zu seiner Auflösung 2006 in großen Teilen der kolumbianischen Karibikprovinzen ausgeübt. Das Ausüben von Herrschaft über die Zivilbevölkerung und der Kampf gegen die 'Subversion' in den einstmals von Guerillaaktivitäten geprägten Gebieten ging mit massiven Eingriffen in das Alltagsleben und dem Aufbau einer autoritären patriarchalen Ordnung und brutalen, oftmals sexualisierten Sanktionen für vermeintlich 'subversives' und 'deviantes' Verhalten einher. Rigide Geschlechternormen waren hier kein 'Beiprodukt' des Krieges, sondern ein zentrales Instrument der Machtausübung. Die AUC machten den Frauen und Männern in 'ihren' Regionen Verhaltensvorschriften hinsichtlich des 'richtigen' 'männlichen' und 'weiblichen' Aussehens und Auftretens und bestraften Frauen und Männer, die sich diesen Regeln widersetzen, öffentlich, z.B. mit Schlägen, Rasuren oder stundenlangem nackten Verharren in der gleißenden Sonne. Vergewaltigungen, Folter und sexualisierte Gewalt wurden von den Paramilitärs gezielt und strategisch zur Inbesitznahme von Körpern und Regionen eingesetzt. Paramilitärische Anführer und Großgrundbesitzer tauschten das 'Recht', junge Mädchen zu entjungfern, gegen den Schutz ihrer Familien. Frauen, die sichtbare Positionen in den sozialen Strukturen ihrer Gemeinden einnahmen oder zivilgesellschaftlich organisiert waren, fanden sich zudem häufig auf ihren Todeslisten (GMH 2011).

Die wenigsten Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe (sowohl im Kontext des bewaffneten Konfliktes als auch in privaten Zusammenhängen) werden von den betroffenen Frauen angezeigt und somit auch nicht von den Strafbehörden verfolgt. Die eben dargestellten Erfahrungen der

Opfer und Praktiken der Täter und Täterinnen können nur dank zahlreicher und umfangreicher Erinnerungsprojekte dokumentiert und symbolisch sowie juristisch angeklagt werden. *Testimonios* und *Memoria* – in der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Gewaltgeschichte Kolumbiens werden diese Modi der Erkenntnisgewinnung schon seit den 1960er Jahren angewendet. Der inzwischen umfangreiche Korpus an Darstellungen der genderspezifischen Gewalt gegen Frauen und LGBT-Personen in Kolumbien hat seinen Ursprung in der bereits skizzierten Frauenbewegung der 1980er und 1990er Jahre. So machen es sich zahlreiche Frauenorganisationen seit dieser Zeit zur Aufgabe, die an Frauen und Mädchen begangenen Verbrechen erzählen zu lassen und aufzuschreiben. Die Bandbreite der Akteurinnen und Akteure reicht dabei von lokal agierenden Basisorganisationen wie der *Asociación de Mujeres del Magdalena* (ADEMAG) und der eingangs erwähnten Initiative *Cuenta la 13* bis zu dem Großprojekt *Comisión de Verdad y Memoria de las Mujeres Colombianas* der *Ruta Pacífica* und einer *testimonio*-Sammlung mit Frauenberichten des Verbandes der Opfer von Staatsverbrechen MOVICE (*Movimiento de Víctimas de Crímenes de Estado*) (Castro Sánchez et al. 2015). Einen besonders sichtbaren Platz nehmen die Forschungsprojekte und Publikationen des *Centro Nacional de Memoria Histórica* (CNMH) ein, das 2011 mit dem Gesetz zum Schutz der Opfer und Rückgabe der Länder (*Ley de Víctimas y Restitución de Tierras*) von der Regierung Santos gegründet wurde. Zu den Aufträgen der aus renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bestehenden Einrichtung gehört die Sammlung von *testimonios* der Opfer des bewaffneten Konflikts in all ihrer Heterogenität.

Queer Colombia

Nicht zuletzt im Rahmen der Memoria-Projekte des *Centro Nacional* wurde deutlich, dass auch die LGBT-Bevölkerung Kolumbiens in hohem Maße von systematischer geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt betroffen ist und darüber ein noch viel größeres Schweigen herrscht. Deshalb erarbeite das *Centro Nacional de Memoria Histórica* in Zusammenarbeit mit LGBT-Basisorganisationen 2015 einen umfangreichen Bericht, der die *testimonios* dieser Bevölkerungsgruppe erstmals umfassend darstellt. Die Publikation zeigt, dass die Gewaltakte, denen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender ausgesetzt sind und die das Ziel verfolgen, eine

heteronormative soziale Ordnung und Moral herzustellen, von Mord und Folter bis zu Vergewaltigungen und symbolischen sexuellen Gewaltakten reichen. Dabei stellen die interviewten LGBT-Personen heraus, dass sich die durch die bewaffneten Akteure erfahrene Gewalt in Diskriminierungen und Übergriffe im privaten Umfeld sowie durch Institutionen wie Schulen, Gesundheitsbehörden oder die Kirche einreicht (CNMH 2015). Im August 2014 erlangte der Fall des 16-jährigen Schülers Sergio Urrego traurige Berühmtheit, der von den homophoben Diskriminierungen durch Lehrkräfte und Schulpsychologen und -psychologinnen in den Selbstmord getrieben wurde. Auch Meinungsumfragen zeugen von gesellschaftlich breit verankerter LGBT-Feindlichkeit, so spricht sich eine große Mehrheit der Kolumbianerinnen und Kolumbianer in Umfragen gegen die erfolgte Gleichstellung der Ehe und das verabschiedete Adoptionsrecht für Schwule und Lesben aus.

Auch in diesem Bereich wird also eine für Kolumbien charakteristische Diskrepanz zwischen brutaler Diskriminierung in weitgehend rechtsfreien Räumen einerseits und progressiver Rechtsstaatlichkeit andererseits deutlich. Wie auch im Bereich der Frauenrechte ist es in erster Linie das kolumbianische Verfassungsgericht, von dessen Seite die Diskriminierung auf Grund von geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung Stück für Stück abgebaut wird. Dieser Prozess hat seinen juristischen Ursprung in der Verfassung von 1991, ist aber auch das Ergebnis eines zähen und erfolgreichen Kampfes der in den frühen 2000er Jahren geformten LGBT-Bewegung Kolumbiens. Seit 2007 sorgten die Richter und Richterinnen für gleiche bürgerliche, politische, wirtschaftliche und soziale Rechte, haben das Migrations- und Strafrecht angeglichen sowie innerhalb des Sozial- und Gesundheitssystems die Gleichstellung durchgesetzt (Serrano Amaya 2011). 2015 wurde endgültig das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt und seit dem Frühjahr 2016 sind alle Notare und Standesbeamten dazu angehalten, auch gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe zu schließen. Das Gericht argumentierte bei diesen beiden Entscheidungen in erster Linie familiär, d.h. es postulierte im Zusammenhang mit dem Eherecht, dass auch gleichgeschlechtliche Paare eine Familie bildeten, und strich im Kontext des Adoptionsrechts das Recht von Kindern auf eine Familie heraus. Diesem Argument schloss sich auch das staatliche *Instituto Colombiano de Bienestar Familiar* (ICBF) und damit die in Kolumbien für Adoptionen zuständige Behörde an. Doch auch die Gegner dieser höchst umstrittenen und die kolumbianische Gesellschaft

polarisierenden Entscheidungen setzen in ihrer Argumentation auf die Familienkarte und sehen sich als Verteidiger der vermeintlich natürlichen und mit der christlichen Lehre übereinstimmenden heterosexuellen Kleinfamilie. Sie können sich dabei auch darauf berufen, dass Familie in der Verfassung von 1991 als Keimzelle der Gesellschaft bezeichnet wird, die als freiwillige Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau definiert wird.

Familie und Reproduktion

Die Verfassung von 1991 formuliert jedoch nicht nur ein spezifisches und sehr enges Familienbild, sondern auch die Verpflichtung des kolumbianischen Staates, Familien und insbesondere Kinder zu schützen. Dieses Selbstverständnis familienpolitischen Engagements geht auf das *Ley de Paternidad Responsable* von 1968 und die darin verankerte Gründung des ICBF zurück, das an das Gesundheitsministerium angegliedert ist. Der kolumbianische Staat beanspruchte damit Autorität über gesellschaftliche Bereiche, die bis dahin primär in kirchlicher Hand gelegen hatten. Das Gesetz nahm Väter in die Pflicht, die Vaterschaft ihrer Kinder anzuerkennen und für sie zu sorgen, und übertrug dem Staat in Form des ICBF die Aufgabe, diejenigen Kinder zu versorgen, deren Eltern nicht zur Verantwortung gezogen werden konnten. Von der feministischen Frauen- und Geschlechterforschung werden sowohl die Arbeit des ICBF als auch andere familienpolitische Maßnahmen der letzten Jahrzehnte grundsätzlich für ihre geschlechterpolitischen Auswirkungen kritisiert, da diese eine traditionelle Arbeitsteilung zementierten, in der Männer in der produktiven Sphäre und Öffentlichkeit verortet werden und Frauen als diejenigen konzipiert werden, die für Familien im Besonderen und das 'Private' im Allgemeinen verantwortlich sind (Rodríguez Pizarro/Ibarra Melo 2013). Dies zeigen auch seit 2006 staatlich finanzierte Umfrageprojekte zu bezahlter und unbezahlter Arbeit. Sie unterstreichen, dass sich Hausarbeit und Kindererziehung trotz der Verschiebungen im Arbeitsmarkt fest in Frauenhand befinden (Villamizar García-Herreros 2011).

Die Kernfamilie aus Vater, Mutter und zwei oder drei Kindern, wie sie in der Verfassung von 1991 skizziert wird, stellt in Kolumbien nur ein Familienmodell unter vielen dar – wenn auch eines, das seit den 1950er Jahren von vielen Seiten als 'natürliches' Ideal und Norm propagiert und

definiert wird. Die Soziologin und Anthropologin Virginia Gutiérrez de Piñeda, die als Gründungsmutter der kolumbianischen Familiensoziologie gilt, stellte in einflussreichen Werken jedoch schon in den frühen 1960er Jahren die historisch gewachsene Vielfalt der Familienmodelle und -konstellationen Kolumbiens dar und führte diese in erster Linie auf die ethnische und territoriale Heterogenität des Landes zurück (u.a. Gutiérrez de Piñeda 1963). Sie konnte z.B. aufzeigen, dass in den Karibik- und Pazifikregionen matrifokale Familien, in denen die Großmutter mütterlicherseits den familiären Mittelpunkt bildete, dominierten, Polygamie in Kolumbien weit verbreitet war und in den andinen Regionen viele Mütter alleinerziehend waren. Auch gegenwärtig zeigen Umfragen von privaten und staatlichen Institutionen sowie soziologische Studien, dass neben der 'vollständigen' Nuklearfamilie eine Vielfalt anderer Modelle existiert, seien es Großfamilien oder Familien mit weiblichen Familienvorständen (Puyana Villamizar 2012). Als markanteste Veränderung in den Familienstrukturen seit den 1950er Jahren kann der Rückgang der Kinderzahl pro Frau gelten, die 2010 bei 2,1 lag (Ojeda et al. 2011). Dieser sogenannte demographische Übergang wird auf die Verbreitung moderner Verhütungsmittel, die Urbanisierung Kolumbiens, den Ausbau des Bildungswesens und den stark erweiterten Zugang von Frauen sowohl zum Bildungssystem als auch zu Lohnarbeitsverhältnissen zurückgeführt (Serrano Amaya et al. 2010).

Dieser Zusammenhang zwischen der Entwicklung und Verbreitung neuer Verhütungsmittel wie der 'Pille' und der Spirale, sich wandelnden weiblichen Biografien und der Senkung der Geburtenrate war kein Zufall, sondern das Ergebnis der Bemühungen international vernetzter Bevölkerungsexperten. Diese sahen in kinderreichen Familien und schnellem Bevölkerungswachstum eine 'Überbevölkerungsgefahr', welche der ökonomischen Entwicklung und gesellschaftlichen Modernisierung Kolumbiens im Wege stehe und der mit eben diesen Mitteln begegnet werden müsse (Huhle 2017). Gleichzeitig forderten auch Frauen und Frauenorganisationen in Kolumbien den freien Zugang zu Verhütungsmitteln – der vor allem seitens der katholischen Kirche eingeschränkt wurde – und das Recht auf Familienplanung ein. Die Regierung wiederum verankerte das Ziel, die Geburtenrate zu senken, im Entwicklungsplan von 1969 und begann schon Mitte der 1960er Jahre, Familienplanung im Rahmen von Mutter-Kind-Programmen im staatlichen Gesundheitssystem zu verankern. Im gleichen Zeitraum wurde mit der *Asociación Probienestar de la Familia Co-*

lombiana (Profamilia) die erste private Familienplanungsorganisation gegründet. Sie versorgte schon bald mehr Frauen als die staatlichen Stellen und dominiert das Feld bis heute, wobei ihre Aktivitäten Forschung, Sexualerziehung, Politikberatung, die kommerzielle Verbreitung von Verhütungsmitteln und medizinische Versorgung umfassen.

Seit den 1980er Jahren fordern feministische Gruppen jedoch sexuelle und reproduktive Rechte ein, die losgelöst von bevölkerungspolitischen Zielen freie Entscheidungen jeder und jedes Einzelnen garantieren sollen. Ihnen ist es zu verdanken, dass auch staatlicherseits eine konzeptionelle Verschiebung stattfand und reproduktive Fragen weniger als kollektive nationale Verantwortung und stärker als individuelle Rechte verhandelt werden. So wurde in Art. 42 der Verfassung von 1991 formuliert, dass Paare das Recht haben, frei und verantwortungsvoll über die Anzahl ihrer Kinder zu entscheiden und dazu verpflichtet sind, für den Unterhalt und die Erziehung ihrer minderjährigen Kinder zu sorgen. 2003 wurden sexuelle und reproduktive Rechte dann in einer Direktive des *Ministerio de Protección Social* zu Menschenrechten erklärt. Der Staat verpflichtete sich dazu, über das Sozialversicherungs- und Gesundheitssystem Zugang zu Verhütungsmitteln und medizinischer Versorgung zu gewährleisten. Kolumbien setzte damit internationale Normen um, die auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 und der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking verabschiedet worden waren (Serrano Amaya et al. 2010). Inwiefern das gelingt, d.h. welche Kenntnisse kolumbianische Frauen über Verhütungsmethoden und sexuelle Gesundheit haben und welche Mittel sie verwenden, wird seit 1990 am umfassendsten von Profamilia erforscht, die seither im 5-Jahres-Takt eine landesweite repräsentative Umfrage, die *Encuesta Nacional de Demografía y Salud*, durchführt. Gemäß der Umfrage von 2010 kennen 99,9% der kolumbianischen Frauen mindestens eine moderne Verhütungsmethode, wobei Kondome am bekanntesten sind (98,9%), gefolgt von der Pille (98,8%) und Hormonspritzen (97,9%). 97% der befragten verheirateten Frauen und 99% der sexuell aktiven Frauen gaben an, schon einmal Verhütungsmittel benutzt zu haben, wobei die Sterilisation von Frauen (24%) die am stärksten verbreitete Methode ist, gefolgt von Hormonspritzen und Kondomen (je 8%) (Ojeda et al. 2011).

Das Thema Abtreibung ist im Vorfeld der Verfassung von 1991 auch in Kolumbien stärker in die Öffentlichkeit gerückt und wird seither regelmäßig gesellschaftlich und juristisch diskutiert. Die *Asamblea Constitu-*

yente entschied sich dazu, das Thema nicht im Verfassungstext zu behandeln, bei der Neuformulierung des Strafgesetzbuchs im Jahr 2000 wurde Abtreibung jedoch wie erstmals 1980 ausnahmslos unter Strafe gestellt. Daraufhin kam es zu zahlreichen Klagen vor dem Verfassungsgericht, das 2006 schließlich Abtreibung in drei Fällen legalisierte: bei Schwangerschaften, die aus einer Vergewaltigung resultieren, wenn eine starke Fehlbildung des Embryos vorliegt und wenn die Schwangerschaft das Leben der schwangeren Frau bedroht. In der Praxis bestehen jedoch auch für die Frauen, deren Schwangerschaften in eine dieser Kategorien fallen, nach wie vor Hürden. Zahlreiche Mediziner und Medizinerinnen weigern sich aus Gewissensgründen, den Eingriff vorzunehmen, Krankenversicherungen legen bürokratische Hürden in den Weg und die katholische Kirche übt Druck aus (Serrano Amaya et al. 2010). Die Zahl illegaler und oftmals gesundheitsgefährdender Abtreibungen ist durch die Entscheidung von 2006 kaum zurückgegangen, wobei es auch schwierig ist, zuverlässige Daten zu erheben (Rubio 2015). Frauenorganisationen setzen sich seit den 1970er Jahren für die vollständige Legalisierung von Abtreibungen ein, wobei gegenwärtig vor allem das 1993 geformte Bündnis *La Mesa por la Vida y la Salud de las Mujeres* aktiv ist. Auch in diesem Feld zeigt sich also der große Einsatz, mit dem kolumbianische Frauen unterschiedlicher politischer Couleur und regionaler Herkunft für ihre Rechte kämpfen.

Literaturverzeichnis

- ABCOLOMBIA/SISMA MUJER/U.S. OFFICE ON COLOMBIA (2013): "Colombia. Mujeres, Violencia Sexual en el Conflicto y el Proceso de Paz". <http://www.abcolombia.org.uk/downloads/Sexual_violence_report_Spanish.pdf> (8.8.2016).
- Acuerdo sobre las Víctimas del Conflicto* (15.12.2015). <<http://www.altocomisionadoparalapaz.gov.co/mesadeconversaciones/PDF/borrador-conjunto-acuerdo-sobre-las-victimas-del-conflicto-1450190262.pdf>> (29.5.2017).
- ARANGO GAVIRIA, Luz Gabriela et al. (Hg.) (2011): *Las mujeres y el género en Colombia. 20 años después de la Constitución*. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- CASTRO SÁNCHEZ, Clara Patricia/MELO AMAYA, Alejandra (2015): *Crímenes de estado desde la perspectiva de las mujeres*. Bogotá: Movimiento de Víctimas de Crímenes de Estado (MOVICE).
- CNMH (Centro Nacional de Memoria Histórica) (2015): *Aniquilar la diferencia. Lesbianas, gays, bisexuales y transgeneristas en el marco del conflicto armado colombiano*. Bogotá: Imprenta Nacional.

- COKER GONZÁLEZ, Charity (2000): "Agitating for Their Rights. The Colombian Women's Movement, 1930-1957". In: *Pacific Historical Review*, 69, 4, S. 689-706.
- Comunicado Conjunto #82* (24.07.2016). <<http://www.altocomisionadoparalapaz.gov.co/mesadeconversaciones/PDF/comunicado-conjunto-82-la-habana-cuba-24-de-julio-de-2016-1469328377.pdf>> (29.5.2017).
- ESTRADA, Ángela María/IBARRA, Carolina/SARMIENTO, Estefanía (2007): "Regulation and Control of Subjectivity and Private Life in the Context of Armed Conflict in Colombia". In: *Community, Work & Family*, 10, 3, S. 257-281.
- GALLEGO ZAPATA, Marina (2013): *La verdad de las mujeres. Víctimas del conflicto armado en Colombia*. Bogotá: Ruta Pacífica de las Mujeres.
- GMH (Grupo de Memoria Histórica) (2011): *Mujeres y guerra. Víctimas y resistentes en el Caribe colombiano*. Bogotá: Taurus.
- GUTIÉRREZ DE PIÑEDA, Virginia (1963): *La familia en Colombia. Trasfondo histórico*. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- HUHLE, Teresa (im Druck): *Bevölkerung, Fertilität und Familienplanung in Kolumbien. Eine transnationale Wissensgeschichte im Kalten Krieg*. Bielefeld: transcript.
- HÖRTNER, María (2009): *Die unsichtbaren Kämpferinnen. Frauen im bewaffneten Konflikt in Kolumbien zwischen Gleichberechtigung und Diskriminierung*. Köln: Papyrossa.
- IBARRA MELO, María Eugenia (2009): *Mujeres e insurrección en Colombia. Reconfiguración de la identidad femenina en la guerrilla*. Cali: Pontificia Universidad Javeriana.
- LAMUS CANAVATE, Doris (2010): *De la subversión a la inclusión. Movimientos de mujeres de la segunda ola en Colombia, 1975-2005*. Bogotá: Instituto Colombiano de Antropología e Historia.
- LUNA, Lola G./VILLARREAL MÉNDEZ, Norma (1994): *Historia, género y política. Movimientos de mujeres y participación política en Colombia 1930-1991*. Barcelona: Promociones y Publicaciones Universitarias.
- MEERTENS, Donny (2000): *Ensayos sobre tierra, violencia y género. Hombres y mujeres en la historia rural de Colombia 1930-1990*. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- MEJÍA DUQUE, Claudia María (15.12.2014): "Los derechos de las mujeres víctimas en el centro de los derechos de las víctimas para una paz sostenible y duradera". <http://media.wix.com/ugd/ff58cd_b27b82f568714bcc827dd3b0a99f81fb.pdf> (7.9.2016).
- OJEDA, Gabriel/ORDOÑEZ, Myriam/OCHOA, Luis Hernando (2011): *Encuesta Nacional de Demografía y Salud 2010*. Bogotá: Profamilia/Ministerio de Protección Social.
- ONU MUJERES (2016): "Datos y cifras claves para la superación de la violencia contra las mujeres". <<http://www2.unwomen.org/-/media/field%20office%20colombia/documentos/publicaciones/2016/001%20m%C3%B3dulo%20general.pdf?v=1&d=20160817T222515>> (8.11.2016).
- PINZÓN DE LEWIN, Patricia (2014): *Esmeralda Arboleda. La mujer y la política*, Bogotá: Taller de Edición-Roca.
- PUYANA VILLAMIZAR, Yolanda (2012): "Las políticas de familia en Colombia. Entre la orientación asistencial y la democrática". In: *Revista Latinoamericana de Estudios de Familia*, 4, S. 210-226.

- RODRÍGUEZ PIZARRO, Alba Nubia/IBARRA MELO, María Eugenia (2013): “Los estudios de género en Colombia. Una discusión preliminar”. In: *Sociedad y Economía*, 24, S. 15-46.
- RUBIO, Mauricio (2015): “El mito de los 400 mil abortos en Colombia”. In: *Revista de Economía Institucional*, 17, 33, S. 253-274.
- RUTA PACÍFICA DE LAS MUJERES (2013): “La verdad de las mujeres. Víctimas del conflicto armado en Colombia”. <<https://www.youtube.com/watch?v=i0D4n8bel0g#t=779>> (5.9.2016).
- SERRANO AMAYA, José Fernando (2011): “Challenging or Reshaping Heteronormativity with Public Policies? A Case Study from Bogotá, Colombia”. In: *IDS Working Papers*, 361, S. 1-41.
- SERRANO AMAYA, José Fernando et al. (2010): *Panorama sobre derechos sexuales y reproductivos y políticas públicas en Colombia*. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- VILLAMIZAR GARCÍA-HERREROS, María Eugenia (2011): *Uso del tiempo de mujeres y hombres en Colombia. Midiendo la inequidad*. Santiago de Chile: Naciones Unidas.
- VILLARREAL MÉNDEZ, Norma (2011): “El movimiento de mujeres y la constitución de 1991”. In: Arango Gaviria, Luz Gabriela et al. (Hg.): *Las mujeres y el género en Colombia. 20 años después de la Constitución*. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia, S. 42-46.
- WILLS OBREGÓN, María Emma (2007): *Inclusión sin representación. La irrupción política de las mujeres en Colombia (1970-2000)*. Bogotá: Grupo Ed. Norma.
- (2010): “Forced Displacement and Women’s Security in Colombia”. In: *Disasters*, 34, 2, S. 147-164.